

Gesundheitspolitik

Das Netzwerk der Zigarettenindustrie

Von Martina Lenzen-Schulte



Der Schutz der Nichtraucher wurde verhindert und hinausgezögert

18. September 2008 Das Bundesverfassungsgericht hat unlängst den Weg für ein umfassendes Rauchverbot in der Gastronomie freigemacht. Die Umsetzung ist jedoch in weite Ferne gerückt. Bei einem Treffen von Gesundheitsministern von Bund und Ländern vor zwei Wochen hat man sich jedenfalls darauf verständigt, kein generelles Rauchverbot einzuführen. Deutschland scheint das „Paradies der Tabakindustrie“ zu sein, wie Thomas

Kyriss von der Abteilung für Thoraxchirurgie an der Klinik

Schillerhöhe in Gerlingen unlängst in der Zeitschrift „Das Gesundheitswesen“ (Bd. 70, S. 315, [zum Artikel](#)) schrieb. Kyriss ist mit Kollegen vom Deutschen Krebsforschungszentrum in Heidelberg und der London School of Hygiene and Tropical Medicine den Tätigkeiten des Verbandes der Zigarettenindustrie nachgegangen, der im Jahr 2007 aufgelöst worden war. In der Studie kommt er zu dem Schluss, dass es der Zigarettenindustrie gelungen sei, mit Hilfe von Politikern, Wissenschaftlern und Medien mächtige Widerstände gegen eine wirksame Tabakkontrolle zu errichten.

Möglich wurde diese Forschung des internationalen Teams, weil aufgrund eines Schadensersatzprozesses in den Vereinigten Staaten mehrere transnationale Tabakkonzerne interne Dokumente offenlegten. So konnten 1202 zum Teil als „streng geheim“ gekennzeichnete Dokumente aus den Jahren 1956 bis 2002 ausgewertet werden, darunter vertrauliche Briefe und Sitzungsprotokolle. Die Veröffentlichung in der Zeitschrift „Das Gesundheitswesen“ lässt verstehen, warum einem Bericht der Firma Philip Morris zufolge die Tabakindustrie auf die deutsche Regierung größeren Einfluss hatte als auf die amerikanische.

Deutschland als europäischer Bremsen

Deutschland versuchte die Kontrollmaßnahmen der Weltgesundheitsorganisation abzuschwächen und blockierte immer wieder die Tabakgesetzgebung der Europäischen Union. Als einziger europäischer Staat klagte Deutschland im Verbund mit vier Tabakkonzernen gegen das Tabakwerbeverbot. Im Jahr 2000 wurde es wiederaufgehoben. Selbst gegen die abgeschwächte Tabakrichtlinie von 2003, in der Plakat- und Kinowerbung vom Verbot ausgenommen waren, ging man vor. Diese Klage wurde indes 2006 abgewiesen.

Zum Thema

Durch Rauchen
 mitverursachte Krankheiten
 nehmen zu

Laut Kyriss belegen die Dokumente zudem, dass Beziehungen zu Forschern genutzt wurden, um Einfluss auf die Politik auszuüben. So verwendete man zum Beispiel eine Untersuchung, die zu dem Ergebnis kam, dass die

Zigarettenwerbung keinen Einfluss auf den Tabakkonsum habe. Hier konnte der Verband, so ein Zitat aus den Dokumenten, sicherstellen, dass diese Erkenntnisse „in die Überlegungen der Bundesregierung miteinfließen können“. Das Vorgehen in Deutschland ist für viele medizinische Fachleute nicht nachvollziehbar. Die britische Medizin-Fachzeitschrift „Lancet“ kritisiert es denn auch unmissverständlich als „tödliche Einstellung“.

Torpedierung des Rauchverbots

Wie der Schutz der Nichtraucher verhindert und hinausgezögert wurde, beschreibt Kyriss am Beispiel der Lufthansa. Im Jahr 1989 versuchte die Fluggesellschaft, rauchfreie Flüge innerhalb Deutschlands einzuführen, scheiterte damit jedoch. Erst Jahre später, nämlich 1996, konnte dieser Plan verwirklicht werden. Wie das geplante Rauchverbot auf Inlandsflügen verhindert wurde, lässt sich für die Öffentlichkeit zugänglich in einem Dokument vom 12. April 1994 aus dem Datenbestand von Philip Morris nachlesen, das den „Kampf“ gegen die Lufthansa krimireif dokumentiert ([zum Dokument](#)). Bei dem Dokument handelt es sich um den Text zu einer Präsentation. Darin wird deutlich gemacht, dass die Herausforderung für die Zigarettenindustrie geheißen habe: „Killt das Verbot!“ („Kill the ban!“). So wurden beispielsweise Allianzen zu anderen industriellen Organisationen mobilisiert, die dem Lufthansa-Management signalisierten, man würde nicht mehr mit der Linie fliegen, würde das angedrohte Rauchverbot umgesetzt.

Auch die Medien spielten seinerzeit bei der Torpedierung dieser Maßnahme offenbar eine wichtige Rolle. In dem Dokument von Philip Morris heißt es: „Wegen guter Beziehungen zum Chefredakteur (der Bild-Zeitung) sorgten wir dafür, dass die Bild-Zeitung unsere Kampagne gegen die Kranich-Linie (Lufthansa) begleitete.“ Die Zeitung hatte zwischen August und Oktober 1990 mehrere Artikel auf der Titelseite mit harscher Kritik am geplanten Rauchverbot der Lufthansa gedruckt. Wäre das angekündigte Verbot seinerzeit von der Lufthansa tatsächlich umgesetzt worden, hatte man bereits weitere Schritte vorbereitet.



Im Bündnis mit der „Bild“-Zeitung

In der „Bild“-Zeitung sollten laut der Präsentation ganzseitige Anzeigen mit Protestunterschriften von Prominenten veröffentlicht werden. Außerdem hatte man einen namentlich nicht genannten Prominenten als „under-cover“-Agenten engagiert. Geplant war, dass er am Tag des Inkrafttretens des Verbotes – im Dokument ist vom „B-Day“ die Rede – an Bord einer Lufthansa-Maschine rauchen sollte. Ein Journalist der „Bild“-Zeitung sollte ihn begleiten und über die Folgen des Verstoßes gegen das Rauchverbot berichten. Kyriss weist darauf hin, dass der seinerzeit für Deutschland zuständige Geschäftsführer von Philip Morris, Günter Wille, Mitglied im Verband der Cigarettenindustrie war und beim Axel Springer Verlag in Berlin im Aufsichtsrat saß.

Der Axel Springer Verlag bestätigte das auf Anfrage zwar, betonte aber, eine Einflussnahme auf die Berichterstattung in der „Bild“-Zeitung möge vielleicht im Sinne des ehemaligen Arbeitgebers Herrn Willes gewesen sein – mit der Wirklichkeit jedoch hatte sie

nichts zu tun“. Wie es in der Stellungnahme außerdem heißt, teilt man bei Springer nicht die Einschätzung, die von der jüngsten Studie zitierten Dokumente seien „Belege“ für eine aktive Unterstützung der Arbeit des Verbandes der Cigarettenindustrie. Es handele sich vielmehr um Äußerungen des Verbandes selbst über angebliche Erfolge seiner Lobbyaktivitäten.

Hoher gesundheitlicher Preis

Geschickt und erfolgreich bemühte sich die Tabakindustrie um den Erhalt der Zigarettenautomaten und eine nur moderate Erhöhung der Tabaksteuern. Auch die rückhaltlose Aufdeckung aller Zusatzstoffe in Zigaretten wurde hintertrieben. Der am 15. März 2008 neu gegründete „Deutsche Zigarettenverband“, der nicht identisch ist mit dem ehemaligen Verband der Cigarettenindustrie, wollte auf Nachfrage zu den Vorwürfen keine Stellungnahme abgeben.

Die Verzögerungen im Kampf gegen das Rauchen dürften einen hohen Preis gefordert haben. Dafür sprechen zwei kürzlich erschienene wissenschaftliche Veröffentlichungen zu den gesundheitlichen Folgen des Tabakkonsums. Die eine betrifft die steigenden Lungenkrebserkrankungen unter Frauen. Weltweit entstehen mehr als 90 Prozent aller bösartigen Lungentumoren durch den Hauptrisikofaktor Rauchen. 45000 Menschen erkranken in Deutschland jährlich an Lungenkrebs. Darunter sind zunehmend Frauen, wie eine Analyse des Krebsregisters Schleswig-Holstein nachweist („Deutsche Medizinische Wochenschrift“, Bd. 133, S. 1487; [zum Artikel](#)). In anderen Bundesländern lässt sich eine ähnliche Entwicklung beobachten. Die Lungenkrebshäufigkeit hat sich bei Frauen zwischen 1970 und 2004 verdreifacht bis vervierfacht. Frauen sind offenbar den schädlichen Wirkungen des Tabakrauchs noch weniger gewachsen als Männer. Ihr Risiko für Lungenkrebs ist bei gleicher Anzahl von gerauchten Zigaretten stets höher, vermutlich deshalb, weil ihre DNS auf die Schadstoffe anders reagiert und die betroffenen Zellen eine andere Enzymsausstattung besitzen.

Unter dem Rauchen haben schon Ungeborene zu leiden. Schätzungen zufolge rauchen bis zu 35 Prozent aller Schwangeren, von den alleinstehenden Schwangeren sogar mehr als 60 Prozent. Der Hälfte bis zu drei Vierteln gelingt es nicht, auf das Rauchen zu verzichten. Unterstützende Maßnahmen wie das jetzt in der Zeitschrift „Suchttherapie“ (Bd. 9, S. 22; [zum Artikel](#)) beschriebene Hamburger Projekt „Pateras“ sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Hier werden Schwangere von Beraterinnen angerufen und motiviert, mit dem Rauchen aufzuhören. Ob sich solche zeitaufwendigen Hilfen derart ausweiten ließen, dass die vielen Raucherinnen unter den Schwangeren entwöhnt werden, ist fraglich. Zumal weitere Helfer im System – viele Hebammen, Apotheker und Frauenärzte – offenbar wenig geneigt sind, entsprechende Programme umzusetzen.

Kinder von Raucherinnen kommen häufig zu früh und mit niedrigem Gewicht auf die Welt, und das Risiko einer Fehlgeburt ist höher. Bei den Kindern finden sich gehäuft Lippen-Kiefer-Gaumenspalten, und sie sind stärker gefährdet, an Blutkrebs und Asthma zu erkranken. Auch ein plötzlicher Kindstod ereignet sich offenbar öfter.

Text: F.A.Z.


Bildmaterial: dpa/dpaweb, REUTERS

Lesermeinungen zum Beitrag [24]

[Beitrag kommentieren](#)

Verfassungsgerichtsurteil 24. September 2008, 13:37 

@Michael Schulze, Sie demonstrieren hier das "gesunde" Halbwissen eines Rauchers 18.

September 2008, 20:25 

Populismus ist keine Politik die den Menschen dient 18. September 2008, 18:09 

Verlagsinformation

Sehen Sie Ingo Schulze im Gespräch mit Felicitas von Lovenberg - jetzt im FAZ.NET-Buchshop.

F.A.Z. Electronic Media GmbH 2001 - 2008

Dies ist ein Ausdruck aus www.faz.net.